

## Juristisch gegen die Ostumgehung

*Versammlung der  
BI Lebensqualität*

**VOLKACH** (mey) Vor dem Hintergrund, dass die gemeinsame Umgehung von Volkach und Gaibach zumindest in der zweiten Prioritätsstufe für den Staatsstraßenbau (vor 2025 geht nichts) gelandet ist, pocht die Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost verstärkt auf den Vertrauensschutz der Anlieger. Nötigenfalls werde die BI gegen einen Weiterbau der Teilumgehung mit juristischen Mitteln vorgehen, hieß es am Samstag bei der Jahresversammlung. Das Druckmittel eines Prozesses ist für die BI keine bloße Theorie. Ein Gespräch mit dem Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, habe ergeben, dass der Vertrauensschutz für die Anlieger im Gebiet Volkach Ost „real und mit geeigneten Rechtsmittel durchsetzbar“ sei.

Ansatzpunkt der BI – präsentiert in einer Power-Point-Präsentation – ist ein Stadtratsbeschluss vom November 1979, mit dem für die Umgehungsgegner entscheidenden Satz: „Das Teilstück der vorgesehenen Umgehungsstraße von der Obervolkacher Straße (St 2274) bis zur Gaibacher Straße (St 2271) ist unseres Erachtens nicht erforderlich und deshalb ersatzlos zu streichen.“ Diese Entscheidung des Gremiums sei Grundlage für die Wohnbebauung an der heutigen Teilumgehung gewesen, so die BI-Sprecher.

Im Vertrauen darauf hätten die Bürger dort gebaut: „Wir sehen in der Kehrtwende des Stadtrates aus 2009 einen massiven Vertrauensbruch“, heißt es in einem Presse-schreiben zur Jahresversammlung. Über diesen Beschluss und weitere Entscheidungen zu den Bebauungsplänen habe die Initiative Innenstaatssekretär Gerhard Eck, die Abgeordneten der Region und die Volkacher Stadträte informiert.

Naturgemäß auf wenig Sympathie stößt bei der Initiative die Kombi-Umgehung Volkach-Gaibach. Man sei überzeugt, dass Bürgermeister Peter Kornell bei der an Dringlichkeitsstufe zwei gesetzten Entlastungsstraße nichts vom Vertrauensschutz der Bürger gesagt habe, als er Mitte vergangenen Jahres darüber mit Innenminister Joachim Herrmann geredet habe. Fraglich für die BI ist auch, ob die Trasse überhaupt in den endgültigen Ausbauplan kommen kann. Schließlich fehle in der Beurteilung der Umgehungsplanung der Lärmschutz für die Teilumgehung, der nach Meinung der Initiative bis zu vier Millionen Euro kosten könnte: „Damit ist die Bewertung mangelhaft“.

Bei der Jahresversammlung wurde Rita Wunderling als gleichberechtigte Sprecherin der BI gewählt. Edgar Moller ist neu im Sprecherkreis.